



Verwaltungs- und Gebietsreform in Rheinland-Pfalz



Der Verbandsgemeinderat hat zur anstehenden Gebietsreform und zu dem darüber von der Universität Trier erstellten Gutachten eine Stellungnahme als Resolution beschlossen. In der Resolution sind die folgenden Ergebnisse zusammengefasst:

1. Das Ziel des ersten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform ist in der Verbandsgemeinde Kelberg erreicht. Die Verbandsgemeinde Kelberg ist insbesondere wegen ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft in der Lage, langfristig die eigenen und die übertragenen Aufgaben in fachlich hoher Qualität, wirtschaftlich sowie bürger-, sach- und ortsnah wahrzunehmen.
2. Die Ausnahmeregelung des § 2 Abs. 3 Satz 2 des ersten Landesgesetzes trifft auf die Verbandsgemeinde Kelberg ebenfalls zu:
 - Gewähr der langfristigen Aufgabenerfüllung (siehe Nr. 1),
 - außergewöhnlich gute Wirtschafts- und Finanzkraft und
 - besondere Lage mit Grenzen, Bezügen und unterschiedlichen Tendenzen zu vier verschiedenen Landkreisen.
3. Das Gutachten der Universität Trier bestätigt im Modell VE14 die Tatsache, dass die Verbandsgemeinde Kelberg alle Voraussetzungen einer künftigen Eigenständigkeit erfüllt.
4. Das Modell VE 14 (mit Eigenständigkeit der Verbandsgemeinde Kelberg) ist unter Berücksichtigung der folgenden Umstände das zu favorisierende „TOP-Modell“ des Gutachtens:
 - Das geschätzte Einsparpotenzial einer Fusion ist in Wirklichkeit nicht zu erzielen, weil wesentliche fusionsbedingte Kostenpositionen unberücksichtigt geblieben sind. Dies wurde von den Gutachtern in weiten Teilen auch zugestanden.
 - Das geschätzte Einsparpotenzial entspricht nicht der Realität, weil lediglich statistische Werte auf die beteiligten Verbandsgemeinden übertragen wurden, die realen Zahlen im Landkreis Vulkaneifel und insbesondere in der Verbandsgemeinde Kelberg aber andere sind.
 - Eine künftige Verbandsgemeinde mit 71 Ortsgemeinden und 14 Ortsbezirken (Modell VE02) ist nicht den Erfordernissen entsprechend zu verwalten. Die von den Gutachtern angebotene Lösung, die Auflösung von Ortsgemeinden, mindert das Problem der vielen Orte nicht und entspricht nicht dem derzeitigen politischen Willen.
 - Eine gerechte und ausgewogene Gewichtung der Bewertungskriterien im Gutachten, die das geschätzte Einsparpotenzial auch nicht doppelt mit Punkten bedenkt (einmal in der Jahressumme und ein zweites Mal innerhalb der Barwertbetrachtung), führt zu einer anderen Reihung der Modelle mit der Folge, dass die Eigenständigkeit der Verbandsgemeinde Kelberg (VE14) zu favorisieren ist.
5. Der Nutzen einer Gebietsreform muss von Fall zu Fall betrachtet werden. Dabei ist dem Willen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger und der Ortsgemeinden unbedingt Rechnung zu tragen. Wenn eine Gebietsreform erkennbaren Nutzen hat, dann respektieren die Menschen dies. Das zeigen auch Reaktionen in anderen Regionen des Landes. In der Verbandsgemeinde Kelberg sind nur Nachteile und kein Nutzen einer Fusion erkennbar. Deshalb stehen die Bevölkerung, die Ortsgemeinden und die Fraktionen im Verbandsgemeinderat für den Fortbestand der Verbandsgemeinde Kelberg ein.

Die gesamte Resolution des Verbandsgemeinderates und weitere Informationen zur Verwaltungsreform finden Sie auf der Internetseite www.vgv-kelberg.de/aktuelles.